

# Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.  
Bezugspreis monatlich 70 Pfg., durch die  
Post vierteljährlich 2.10 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,  
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,  
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinstmögliche  
Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg. Resten  
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro  
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen  
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 10.

Donnerstag den 23. Januar 1919.

19. Jahrgang.

## Vor dem Abgrund.

Vor kurzem führte Karl Kautsky in der „Freiheit“ aus: „In Wausch und Wogen alles für nationalisiert erklären und dann hinterdrein darangehen, die Bedingungen dafür zu schaffen, heißt das Pferd beim Schwanz aufhängen, heißt ein Uebergangsstadium schaffen, in dem kapitalistische Produktion nicht mehr und sozialistische nicht möglich, ein Stadium, in dem rationelle Produktion überhaupt nicht möglich ist. Es heißt, vorübergehend die Produktion zum Stocken bringen. Eine solche Art Sozialismus gerade jetzt im Augenblick der Demobilisierung durchführen oder auch nur fordern, hieße Deutschland in ein Tollhaus verwandeln.“ In dieses Tollhaus scheinen wir tatsächlich hineingetrieben zu werden durch den blinden Dämon der Arbeiter, zumal da ihre Führer die Massen ganz aus der Hand verloren haben. Man mag noch so angestrengt den arbeitenden Massen klar zu machen versuchen, daß sie durch ihr Treiben unser Wirtschaftsleben zerrütten, die gesamte Staatswirtschaft in den Abgrund stürzen und damit sich selbst den Untergang abgeben, auf dem sie sitzen: zur besseren Belehrung sei sie sich nicht. Nachdem man in Weimar dem Treiben der Spartakusleute endlich Einhalt geboten und ihre Nachstellung befristet hat, versucht Spartakus im rheinisch-westfälischen Gewerbebezirk die Macht an sich zu reißen. Um dieses Ziel zu erreichen, plant die Spartakusgruppe die sofortige Ausführung des von der Reichsregierung genehmigten Beschlusses des Reichstages der Arbeiter- und Soldatenräte auf sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaus, unbestimmt darum, ob dadurch die völlige Auflösung der Ordnung herbeigeführt wird.

Obwohl die Regierung mit allem Nachdruck auf ihrem Standpunkt beharrt, daß drückende Sozialisierungsmaßnahmen unter allen Umständen unzulässig und rechtswidrig sind, tritt man im Ruhrkohlenbezirk eifrig die Vorbereitungen zur Sozialisierung der Kohlenbergwerke, ohne in eine Prüfung darüber einzutreten oder auch nur zu überlegen, ob die Sozialisierung des Kohlenbergbaus im jetzigen Augenblick die Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens rasch an sich. Ohne Rücksicht auf die namentlich für die Sicherstellung unserer Ernährung gefährlich werdende Kohlennot zwingt man die Bergarbeiter zur Arbeitsniederlegung und setzt die Räder still. Infolgedessen reicht die ohnehin schon knappe Kohlendecke nicht mehr aus, um den Bedarf an Brennstoffen im Inlande zu befriedigen. Elektrizitätswerke und Gasanstalten sind kaum noch in der Lage, die Versorgung der Städte mit Strom und Gas aufrecht zu erhalten. Das aber das Fehlen von elektrischer Kraft und von Gas für fast sämtliche gewerbliche Unternehmungen bedeutet, ist jedem vernünftigen Menschen klar.

Aus eigener Machtvollkommenheit und mit Unterdrückung jeglicher Rechtsfrage hat nun am 13. Januar die im Saalbau zu Essen abgehaltene Bezirksversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte beschlossen, die führenden Organe des Kohlenbergbaus, nämlich das Kohlen-Syndikat, den Bergbau-Verein und den Bechen-Verband, zu besetzen und die örtliche Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaus ohne weiteres durchzuführen. Dabei verfährt man genau nach dem Muster der russischen Sowjet-Regierung. Man trifft bereits mit aller Eile die Vorbereitungen für das sogenannte Räte-System, das darin besteht, daß zunächst Räteverbände gebildet werden, in die auf je 200 Arbeiter ein Vertreter gewählt werden kann. Diese Räteverbände sollen über Lohn- und andere Fragen mit den Steigern verhandeln. Von den Räteverbänden werden dann die Bechenräte gewählt. Diese wählen die Bezirksbechenräte, und als oberstes Organ wirkt der Zentralbechenrat, der mit der Regierung über die den Bergbau betreffenden Fragen verhandeln soll. Nach einem von der Essener Spartakusgruppe aufgestellten Plan kann jeder Bergmann, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, wählen, und jeder, der das 25. Lebensjahr vollendet hat, gewählt werden. Der zur Sozialisierung der Steinkohlenbergwerke und mit der Ueberwachung der Geschäftsführung des Bergbauvereins und des Bechenverbandes beauftragte Ausschuss, der seinen Sitz im Bergbauverein hat, und dem vornehmlich Vertreter der Spartakusgruppe und der Unabhängigen Sozialdemokraten angehören, hat bereits verschiedene Besuche erbracht, bestimmte namhaft gemachte Arbeiter und Beamte sofort als Vertrauensleute und Beisitzer zu beurlauben. Die Löhne und Gehälter müssen für diese Leute von den Bechen unverzüglich weitergezahlt werden. Die Leiter der Bechen, die in jahrzehntelanger Arbeit ihr ganzes Können darangelegt haben, dem Deutschen Reich eine mächtigste Industrie und den Arbeitern eine einträgliche Arbeitgelegenheit zu schaffen, sollen kurzerhand beiseite geschoben und an ihre Stelle Leute gesetzt werden, denen einfachste volkswirtschaftliche Dinge unbekannt sind. Es genügt durchaus nicht, wenn die Regierung gegen diese eigenmächtigen Eingriffe einer kleinen, von Hirnverbrannten geleiteten Gruppe auf dem Papier Maßnahmen ergreift, sondern es ist allerhöchste Zeit, daß sie tatkräftig den blindwütigen Eigenbröckeleien des Essener Arbeiter- und Soldatenrates Einhalt gebietet. Nur dann wird es möglich sein, den Kohlenbergbau, das Rückgrat unseres ganzen Wirtschaftslebens, vor völliger Zerrüttung zu bewahren.

## Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— In der „Frankf. Ztg.“ lesen wir folgendes: „Es ist schon wahr, daß für viele, die sich noch immer stolz als die Träger der Revolution gebärden, die Revolution in Wirklichkeit doch nichts anderes ist, als eine große Lohnbewegung! Nur immer höhere Löhne wollen sie, und das Interesse der Gesamtheit, das Interesse der Demokratie, an einem freien deutschen Vaterland, das sie aufbauen sollten, kennen sie nicht. Die rein materialistische Einstellung der Sozialdemokratie, die eben in der Erziehung ihrer Massen vielfach auch nur die materiellen Ziele in den Vordergrund hob, rächt sich jetzt bitter. Es ist wahrlich an der Zeit, daß neue Lehrer des Idealismus aufstehen, damit der Geist der Revolution nicht völlig in materiellen Verwahrloshung, bevor er überhaupt noch recht zur Entfaltung zu kommen vermochte!“

— Was die Behauptung der Undurchführbarkeit der Wegsteuerung des Vermögens zu wachsenden über 200 000 Mark betrifft, so bestimmt bekanntlich der § 28 des Entwurfs, daß die sich hierbei ergebenden Schwierigkeiten, wie sie etwa für einen Grundbesitzer oder ein industrielles Unternehmen entstehen können, durch besondere Bestimmungen geregelt werden sollen. Man ist an amtlicher Stelle durchaus der Meinung, daß diese Schwierigkeiten ohne Härten zu überwinden sein werden, wie z. B. im Falle eines Grundbesitzers durch Eintragung einer Eicherheitshypothek oder im Falle eines Unternehmens durch die Umwandlung des Unternehmens in eine Gesellschaft m. b. H. und die Abtretung entsprechender Anteile. Im übrigen ist die Forderung schärfer Erfassung der Kriegsgewinne bezw. Wegsteuerung von einer gewissen Höhe an keine sozialistische, sondern sie ist von allen bürgerlichen Parteien erhoben worden.

Deutsch-Österreich.

(tu.) Die Erzbischöfe von Deutsch-Österreich haben eine geharnischte Protest- und Erklärung gegen die von der provisorischen Landesversammlung beschlossene Ehe-Reform erlassen. Sie stützen sich darauf, daß nach dem katholischen Dogma die katholischen Ehen für alle Zeiten untrennbar bleiben und daß sich die katholische Kirche nicht um die in der Nationalversammlung beschlossene Zulassung von Ausnahmen kümmern.

## Die Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung wurde laut Regierungs-Beschluß auf den 6. Februar nach Weimar einberufen.

Zur Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar verläutet: Man rechnet mit einem Gesamtbesuch von 1200—1500 Personen. Die Regierung selbst ließ durch den Unterstaatssekretär Baake wissen, daß in bezug auf die Nachrichtenversorgung alles getan werden soll, was möglich ist. Ueber die Gründe zur Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar hat sich die Regierung folgendermaßen ausgelassen: „Trotzdem zunächst vor allen Dingen in der Berliner Presse der Versammlungsort Weimar beurteilt worden ist, bestehen doch genügend politische Gründe, um diesen Schritt zu rechtfertigen. Die Nationalversammlung soll ein neues Deutschland schaffen. Dieses neue Deutschland hofft auch, die deutschen Gebiete Österreichs zu umfassen. Es müßte ein Ort gewählt werden, über dessen Zweckmäßigkeit alle Deutschen einig sind. Dieser Gedanke kommt am besten und eindrucksvollsten zum Ausdruck, wenn man Weimar als Tagungsort nimmt. Dieser Entschluß wird auch im Auslande am besten zeigen, daß wir Deutsche uns in den großen Zielen einig sind. In der großen Stadt Berlin wird in einigen Monaten vermutlich eine starke Bewegung der Arbeitslosen einsetzen. Es sind da Demonstrationen zu befürchten, die dem Geschäftsgang der Nationalversammlung nur nachteilig sind. Zwar haben auch die Arbeitslosen das Recht, ihre Meinung zu sagen, aber Zusammenstöße müssen doch vermieden werden. Die Nationalversammlung muß aus dem Rahmen der Berliner Sozialereignisse herausgenommen werden, sie muß mit

Ruhe arbeiten können. Das kann sie in Weimar ohne weiteres. Aber auch aus sachlichen Gründen wird sich der Beschluß bewähren, weil in der stillen Stadt Weimar weit mehr Möglichkeit besteht, Vollstimmungen und Kommissionsstimmungen eifrig zu beschaffen. Die Ruhe und die Gleichmäßigkeit wird eine Beschleunigung der Verhandlungen ermöglichen, und an der Beschleunigung müssen wir alle ein Interesse haben. Mit dem Zusammenritt der Nationalversammlung wird der Schlußstrich gemacht unter eine revolutionäre Ära. Es rollt die neue Zeit des neuen Deutschland, das auf legaler Grundlage in demokratischem Sinne arbeiten soll.“

## Wahlergebnisse.

Nach den vorläufigen, nichtamtlichen Meldungen können bis jetzt 401 Abgeordnete als gewählt zur Nationalversammlung gelten, und zwar aus 28 Kreisen. Zu wählen sind insgesamt 433 Abgeordnete. Die 401 Abgeordneten verteilen sich auf die verschiedenen Parteien folgendermaßen:

- Deutschnationale Volkspartei (frühere Konservativ-Partei, Freikonservative): 33;
- Zentrum: 80;
- Deutsche Volkspartei (frühere Nationalliberale, besonders die Rechtsnationalliberalen): 22;
- Deutsche demokratische Partei (die Linksliberalen, die früheren Freisinnigen, die Fortschrittliche Volkspartei): 74;
- Sozialdemokratische Partei: 160;
- Unabhängige soz.-dem. Partei: 23.

Es entfallen außerdem im Wahlkreis Schleswig-Holstein (14): ein Abgeordneter auf den Bauernbund und die Landarbeiter-Demokratie, im Wahlkreis Hannover (16): ein Abgeordneter des braunschweigischen Landeswahlvereins, außerdem sind zwei bayerische Bauernbündler in Oberbayern und Niederbayern (24, 25), zwei Bauernbündler, Weingärtner und Bürgerpartei in Württemberg (31, 32), und ein Welse in Hamburg (30) gewählt.

Hessen.

Das vorläufige hessische Gesamtergebnis der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung gibt folgendes Bild: Deutsche demokratische Partei 105 000, Deutsche Volkspartei 63 100, Zentrum 100 600, Deutschnationale Partei 31 600, Sozialdemokratische Partei 227 300, Partei der Unabhängigen 9600 Stimmen. Es fehlen hierbei noch 250 Orte, die eine wesentliche Minderleistung kaum herbeiführen dürften. Soweit es sich übersehen läßt, würden sonach in Hessen den Sozialdemokraten vier Abgeordnete, den Demokraten, sowie dem Zentrum je zwei und der Deutschen Volkspartei ein Abgeordneter zufallen.

Bayern.

Nach einer vorläufigen Berechnung würden von den 45 Sitzen Bayerns für die Deutsche Nationalversammlung erhalten:

- Bayerische Volkspartei (Zentrum) 18,
- Sozialdemokratische Partei 16,
- Deutsche Volkspartei 5,
- Bayerischer Bauernbund 4,
- Nationalliberale und Mittel-Partei 2,
- Unabhängige linken. — Zusammen 45.

## 13 deutsche Freistaaten.

Der Verfassungsentwurf für das Deutsche Reich gefügt nach Berliner Blätter-Meldungen zur Veröffentlichung. Preußen wird zerschlagen. An der Spitze der Bundesrepublik steht die Republik Berlin mit ungefähr 10 Millionen Einwohnern, umfassend die Stadt- und Landkreise Groß-Berlin. — Dann soll sich anschließen eine Republik Preußen, umfassend Ostpreußen, Westpreußen und Bromberg, eine Republik Schlesien, der auch die Provinz Posen angehört und Ostböhmen umfaßt, die Republik Braunschweig, die Provinz Pommern, die Altmark und Heide-Mecklenburg-Schwerin umfassend, dann eine Republik Niedersachsen, umfassend Hannover, Schleswig-Holstein, Oldenburg und Braunschweig, eine Republik Westfalen mit den Kreisen Schaumburg-Lippe und Pyrmont, eine Republik Hessen, umfassend Hessen-Rassau und Großherzogtum Hessen, eine Republik Rheinhessen, umfassend die Rheinprovinz, die bayerische Pfalz und das Fürstentum Birkenfeld. Wien soll ebenso wie Berlin reichsunmittelbar werden. Die anderen Teile Deutschlands sollen sich entweder zu Schlesien oder den Bundesstaaten Ober- oder Bayern kommen. Außerdem soll ein Bundesstaat Deutsch-Österreich geschaffen werden.

## Locales und Provinzielles.

Alle mit dem Zeichen \* sind Originalartikel und dürfen nur mit genauer Quellenangabe nachgedruckt werden.

**S. Sozialdemokratischer Verein.** Daß der Gedanke des Sozialismus auch hier bei den Bierstädter Einwohnern fest Wurzeln gefaßt hat, beweist der Ausgang der Wahlen am Sonntag. Trotzdem der Sozialdemokratie kein Spezial-Organ zur Widerlegung der Wahlmachenschaften der Gegner zur Verfügung stand, trotzdem sie nicht im entferntesten die Geldmittel der Gegner besaß um alles mit Flugblättern zu überschwemmen, war es ihr möglich, ihre Stimmzahl gegen die Wahlen 1912 fast zu verdoppeln. Auf diesen eminenten Erfolg hatten wir nicht gehofft. Die 4 1/2 Jahre Krieg scheinen doch eine gute Lehre für die Ideen der Sozialdemokratie gewesen zu sein. Nun heißt es am kommenden Sonntag das morsche Preussentum zu stürzen. Wer nicht will, daß 40 Millionen Menschen von einer handvoll Krout- und Schlotjunker regiert wird, wer nicht will, daß die Heydebrandt, Lobmann, Barilung und Genossen wieder von ihrem Scheintode aufstehen, kurz wer die Reaktion ein für allemal beseitigt sehen will, der trete auch am Sonntag ein für die Graf-Liste, die Liste der Sozialdemokratie. (S. Anz.-Teil) Wie eine Lawine müssen die sozialdemokratischen Stimmzettel sich anhäufen, Flode auf Flode. Dann mag die Lawine sich wälzen, und auch vor allem bei den kommenden Gemeindevahlen alles Morsche und Faulle mit in den Abgrund reißen. Bemeinstwert bei den verflochtenen Wahlen war die Tatsache, daß für die Unabhängigen Sozialdemokraten hier in Bierstadt nicht eine Stimme abgegeben wurde.

\* Die Bekanntmachungen in heutiger Nummer behandeln Ausgabe von Brennstoff, Versorgung von Pferden. Ferner begründet der stellvertretende Landrat Herr Schlitt den Fortfall der Schwerarbeiter-Lebensmittelzulagen.

\* Wahlergebnis in Hessen-Rassau. Die Stimmzahl der einzelnen Parteien haben folgendes Ergebnis: Konservative 71 000, Nationalliberale 46 000, Demokraten 175 000, Zentrum 106 000, Sozialdemokraten 354 000, Unabhängige Sozialdemokraten 28 000. Danach dürften die Sozialdemokraten 8, die übrigen bürgerlichen Parteien 4 Siege erhalten.

## Bekanntmachungen.

Die Ausgabe von Broikarten erfolgt vom Samstag, den 25. d. Mts. ab nur noch vormittags von 8—12 Uhr.

Es wird dringend darauf hingewiesen, daß nachmittags keine Ausgabe von Karten mehr stattfindet.

Wer nicht erscheint, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er die folgende Woche kein Brot hat.

Bierstadt, den 21. Januar 1918.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Folge 5 der Kohlenkarte für Haushaltungen ist am Samstag, den 25. ds. Mts. verfallen.

Auf Folge 6 und zwar zunächst auf die Nr. 1—450 gelangen in den Kohlenhandlungen L. Stern und Otto Ermeier je ein Zentner Koks zur Ausgabe.

Auf Folge 7 werden auf die Nr. 1—450 im Konsumverein, Rathausstraße 28 und die Nr. 451—700 bei Otto Ermeier, je ein Zentner Kohlen verabfolgt.

Bierstadt, den 23. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Die Landwirtschaftskammer läßt am Samstag, den 25. Januar, vormittags 10 Uhr beginnend, vor der Rennbahn in Erbenheim bei Wiesbaden etwa 100 Pferde meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Zum Kaufe werden nur solche Landwirte und Gewerbetreibende zugelassen, die durch eine Bescheinigung des örtlichen Wirtschafts-Ausschusses nachweisen, daß sie Pferde für ihre Betriebe dringend benötigen und ist die Zahl der Tiere anzugeben.

Kriegsanleihen werden bis zur Höhe des Kaufpreises in Zahlung genommen. Vorauszahlungen finden nicht statt. Halfter zum Führen der Pferde sind mitzunehmen.

Bierstadt, den 21. Januar 1918.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Betr. Lebensmittelzulagen für Schwer- und Schwerarbeiter. Die Lebensmittelknappheit ist zurzeit größer, denn je bisher. Auf eine wesentliche Zufuhr aus dem Auslande ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Der Kreis ist deshalb einseitig nicht mehr in der Lage für die Folge noch irgendwelche Zulagen zu geben. Die Schwerarbeiterzulagen kommen deshalb von jetzt ab in Wegfall.

Der Wegfall der Zulagen dürfte gegenwärtig auch nicht allzu hart empfunden werden, da bei dem derzeitigen Ueberangebot an Arbeitskräften der einzelne Arbeiter nicht mehr solange und anstrengend zu arbeiten gezwungen ist, wie während der Kriegszeit.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses  
J. B.: gez. Schlitt.

Vorstehendes wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Bierstadt, den 22. Jan. 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Betrifft Wahl zur Preussischen Landesversammlung

Die Wahl der Abgeordneten für die Preussische Landesversammlung findet am Sonntag, den 26. Januar 1919 von vormittags 8 Uhr bis 7 Uhr nachmittags statt.

Die hiesige Gemeinde ist hierfür in zwei Stimmbezirke eingeteilt.

Der Stimmbezirk Nr. 1 umfaßt die Straßen: Distrikt Aulamm, Adlerstraße, Aussichtstraße, Bierstadterhöhe, Blumenstraße, Feldstraße, Grenzstraße, Distrikt Hainern, Hainerstraße, Hermannstraße, Morigstraße, Neugasse, Privatstraße, Röderstraße, Rheinstraße, Rathausstraße, von Hausnummer 15 bezw. 30 bis Ende Lannusstraße, Wartestraße, Wiesbodenerstraße, Wilhelmstraße, H. Wilhelmstraße, u. Wilhelminenstraße.

Das Wahllokal für 1. Stimmbezirk befindet sich in der Schule an der Adlerstraße unterer Schulsaal links vom Eingang.

Wahlvorsteher: Karl Heymach 1. Landmann  
Stellvertreter: Karl Girsch, Garienarchitekt.

Der Stimmbezirk Nr. 2 umfaßt die Straßen: Adelheidstraße, Binger, Ellenbogengasse, Erbenheimerstraße, Friedrichstraße, Dintergasse, Hofstraße, Honiggasse, Hof Lindental, Jägerstraße, Jagtaderstraße, Kirchgasse, Kloppeheimerstraße, Langgasse, Rathausstraße, von Nr. 1 bis einschl. Nr. 14 bezw. Nr. 2 bis Nr. 18 einschl. Sandbachstraße, Schulgasse, Schwarzgasse, Talsstraße, Vordergasse und Wiesbadenerweg.

Das Wahllokal für den 2. Stimmbezirk befindet sich im unteren Rathausaal.

Wahlvorsteher: Karl Wilh. Bierbrauer, Landmann  
Stellvertreter: Heinrich Binz, Lehrer.

Bierstadt, den 21. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Appell der demobilisierten Leute in der Gemeinde Bierstadt aufgrund des Befehls der Stappenkommandantur an jedem Sonntag auch am kommenden Sonntag wieder abgehalten werden muß.

Es werden daher sämtliche aus dem Heeresdienst infolge Demobilisierung Entlassenen aufgefordert am kommenden Sonntag auf dem Platz vor der alten Schule (Schulstraße) pünktlich zu erscheinen und die Militärpapiere mitzubringen und zwar die Leute mit dem Anfangsbuchstaben

A bis M um 10 Uhr und  
N bis Z um 11 Uhr vorm.

Wer nicht oder nicht pünktlich erscheint, hat schwere Bestrafung durch die französische Besatzungsbehörde zu gewärtigen.

Bierstadt, den 16. Jan. 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

## Tanz - Institut Bierstadt „Zur Rose“

Gegründet 1898.

Am Samstag, den 25. Januar, abends 7 Uhr beginnt im Saale zur Rose ein Tanz-Kursus, wozu ich freundlich einlade. Honorar mässig, gute Ausbildung zugesichert. Unterrichtsstunden Mittwoch und Samstag.

Wilhelm Wetzel

Lehrer der mod. Tanzkunst.

N. B. Anmeldungen werden in der „Rose“ jederzeit entgegengenommen.

## Sozialdemokratische Partei. (Filiale Bierstadt.)

**Achtung! Wählerinnen u. Wähler!**

**Samstag, den 25. Jan., abends 7 Uhr**  
im Lokal „Zur Rose“, Bes. Schiebener

## Oeffentliche

## Wählerversammlung

Tagesordnung.

1. Die Aufgaben der preussischen Landesversammlung. Ref. Eugen Dengel.

2. Freie Aussprache.

**Wählerinnen und Wähler! Wollt Ihr Euch selbst überzeugen, was die Sozialdemokratie sich für Ziele gesteckt, vor welche Aufgaben sie sich gestellt hat, so kommt in Massen in diese Versammlung.**

Der Vorstand.

## Demokratischer Bürgerverein.

Das Wahlbüro befindet sich am nächsten Sonntag, dem Wahltag der preussischen Landesversammlung wieder im „Bären“.

Unsere Kandidatenliste beginnt mit dem Namen

**Nade.**

Helferinnen und Helfer sind willkommen.

Vogel.

## Rote Rosen.

Roman von D. Courths-Mahler.

51) (Nachdruck verboten.)

Damit trat er ans Fenster, um sein Antlitz von ihr abzuwenden. Sie sollte nicht sehen, wie es in seinen Adern zuckte und arbeitete. Die Erkenntnis, daß Josta Rainer nicht liebte, hatte ihn seltsam erschüttert.

Josta war viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, achtete viel zu viel auf sich selbst, um Henning nur ja nicht das Geheimnis ihres Herzens zu verraten, daß sie nicht merkte, wie sehr Henning aus seinem Gleichgewicht gekommen war.

„Gewiß, Henning! Warte, ich helfe dir die Stores aufzuhängen,“ sagte sie und trat neben ihn.

Er bemühte sich ungeschickt mit den Schnüren, und als sie ihm helfen wollte, kamen sie beide nicht zurecht damit. Ihre Hände berührten sich. Da zuckten die beiden zurück.

„Daß es mich allein tun, Henning, so wird es nichts,“ sagte Josta lächelnd, wieder ganz unbefangen, „wir verwirren die Fäden immer mehr.“

Er trat zur Seite und sah mit heißen Augen auf ihre schlante Gestalt. Wie sie so mit erhobenen Armen da stand und die Storeschnüre entwirrte, bot sie ein wunderbares Bild. Die Ärmel ihres Kleides fielen weit zurück, und der weiße Stoff schmiegte sich fest um den Oberkörper und ließ die edlen Linien klar hervortreten. Die weißen, schlanken Arme und die schönen Hände schienen ihm unvergleichlich.

Gräfin Gerlinde konnte von ihrem Platz im Nebenzimmer aus die beiden jungen Menschen sehen. Sie belauschte den heißen, unruhigen Blick, mit dem Graf Henning Josta ansah. Und sie verstand in diesen brennenden Männeraugen zu lesen. Ein wilder Jubel erfüllte ihr Herz. Es war, als hätten ihre Wünsche Gewalt bekommen. Aber gleich darauf bemerkte Graf Henning, daß ihn Gräfin Gerlinde beobachtete. Das Feuer in seinen Augen erlosch. Er richtete seine schlante Gestalt, die so vorzüglich in der glänzenden Uniform zur Geltung kam, straff empor und seine

Lippen preßten sich fest zusammen, als müsse er ein Geheimnis hüten.

Es war, als habe ihn der Blick der Gräfin zur Vernunft gebracht.

Scheinbar ruhig trat er wieder an das Tischchen, auf dem der Photographiestand, und ließ sich in seinem Sessel nieder.

Als Josta umbefangen zu ihm zurückkehrte, nachdem sie das Fenster geöffnet hatte, fragte er sie, ein anderes Thema ergreifend:

„Ist dir Gerlinde sehr sympathisch, Josta?“

Sie sah ihn unsicher an und zögerte eine Weile. Aber dann drängte es sich über ihre Lippen:

„Ich schäme mich, Henning, nein sagen zu müssen. Sie ist so sehr freundlich und lebenswürdig zu mir, und ich möchte sie so gern lieb gewinnen, weil Rainer sie so hochachtet und verehrt. Aber — du wirst es ja nicht weiter sagen, es ist ein seltsam unbestimmtes Gefühl in mir, daß mich kein Herz fassen läßt zu dir.“

Denke nur, wie töricht ich bin. Als ich ihr heute zum ersten Male gegenübertrat, da leuchteten ihre Augen so sonderbar auf und ich bildete mir ein, sie läche mich hahnerfüllt und feindlich an. Es war nur im Moment — gleich darauf war sie so lieb und freundlich zu mir. Und doch muß ich immer wieder an diesen Blick denken, wenn sie mich ansieht. Rainer möchte ich von diesem törichten Gefühl nichts sagen, um ihn nicht zu betrüben. Sprich du ihm auch nicht davon, ich werde es nach Möglichkeit bekämpfen. Vielleicht hätte ich auch dir nicht davon sprechen sollen, aber weil du mich so direkt fragtest, wollte ich dir auch eine ehrliche Antwort geben. Schilt mich nur aus wegen meiner Torheit. Weshalb sollte mich Gerlinde hassen?“

Er sah sehr nachdenklich aus.

„Vielleicht bist du nicht töricht, sondern sehr scharfsichtig, in diesem Punkte, Josta. Solche warnende Empfindungen soll man nicht unbeachtet lassen. Ich hörte vorhin Gerlinde zu dir sagen, daß ihr euch in Zukunft alles anvertrauen wolltet. Ich würde dir raten, ihr mit einiger Vorsicht zu begegnen. Wir geht es nämlich genau wie dir, ich kann auch kein Herz fassen zu Gerlinde, und ich weiß ganz genau,

daß wir uns beide unsympathisch sind. Rainer kann das nicht verstehen, er hält viel von ihr. Und wie es in seiner ritterlichen Art liegt, hat er sich ihrer nach ihres Gatten Tod warm angenommen. Er muß, wie er nun einmal ist, allem, was hilfsbedürftig ist, mit großer Güte und Parteilichkeit entgegenkommen, und Gerlinde erschien ihm hartnäckig, als er nach Ramberg kam. Deshalb verlangte er auch nicht, daß sie ins Witwenhaus übersteden sollte. Nun wird es aber geschehen, und ich muß sagen, ich bin froh darüber. So wirst du sie wenigstens nicht stündlich um dich haben, wenn du in Ramberg bist. Oft genug wird sie ohnedies im Schlosse sein, aber sie hat wenigstens kein Heimatrecht mehr dort.“

„Ja — und im Grunde muß sie doch Schloß Ramberg meinetwegen verlassen. Aus diesem Grunde könnte sie mir vielleicht grollen. Dann wäre es mir lieber, sie zeigte mir das ehrlich. Aber vielleicht sagt sie sich auch wieder, daß ich nichts dafür kann und zwingt sich deshalb zur Freundlichkeit mir gegenüber. Denn etwas Gezwungenes, Unnatürliches liegt unbedingt in ihrem Wesen mir gegenüber. Ich kann es mir nur auf diese Weise erklären.“

„So wird es auch sein. Versprich mir, Josta, daß du vorsichtig sein wirst, und daß du ihr nichts anvertraust, was nicht jeder Mensch wissen darf.“

Josta lächelte.

„Erstens bin ich sehr zurückhaltend und verschönere mein Vertrauen nur an Menschen, die mir im Herzen nahe stehen und dann — was sollte ich ihr anvertrauen? Ich habe keine Geheimnisse.“

Er faßte ihre Hand.

„Weißt du, daß du mir soeben etwas sehr Schönes gesagt hast?“

Sie sah ihn unbefangend fragend an.

„Was habe ich denn gesagt?“

„Daß du dein Vertrauen nur an Menschen verschwendest, die dir im Herzen nahe stehen. Und du hast mich doch eben deines Vertrauens gewürdigt.“

Sie nickte froh.

„Ja, du stehst mir auch nahe, Henning. Du bist doch Rainers Bruder. Und er liebt dich so sehr.“

(Fortsetzung folgt.)

An die Mitglieder des alten Bürgervereins.

Der Vorstand des seit 1901 bestehenden alten Bürgervereins hat einstimmig beschlossen, den Verein, nachdem er seine Aufgaben in der Zeit vor dem Kriege erfüllt hat, aufzulösen. Das noch vorhandene Vermögen — ca. 240 M. — soll nach Abzug etwaiger Forderungen der Kleinkinderschule in Bierstadt überzinsen werden. Indem wir diesen Beschluß zur Kenntnis bringen, bitten wir diejenigen Mitglieder, welche gegen Auflösung des Vereins sind, dies schriftlich anmelden zu wollen, da eine öffentliche Versammlung z. Bt. nicht möglich ist. Erreicht die Zahl der Mitglieder, die den Verein erhalten zu sehen wünscht, nicht ein Fünftel des gesamten Mitgliederbestandes, so wäre der Verein entsprechend dem Vorschlag des Vorstandes aufgelöst. Der Vorstand bringt in diesem Falle den Wunsch zum Ausdruck, daß die Interessen der Bierstadter Bürgerschaft nach seinem Scheiden von dem neuen Verein ebenso erfolgreich, ja noch wirksamer vertreten werden möchten wie von dem alten Verein und sagt seinen alten Mitgliedern für das jahrelang bewiesene Vertrauen herzlichsten Dank.

Der Vorstand: J. A. B. Rigel.

Beachten Sie unsere Inserate!

Sin heute mit  
**40 schweren und leicht. Arbeitspferden**

eingetroffen.

Pferdehandlung Adolf Grünebaum  
Wiesbaden, Abelheidstraße 82.

**Elegant sitzendes Korset**

aus ihrem Stoff

3 Handtücher

oder 3 Servietten

oder 1 grosse Schürze

oder 1 kleines Rolleaux

fertigen wir Ihnen auf Wunsch innerhalb 8 Tagen an.

Korsethaus „Robita“ nur Langgasse 25  
Wiesbaden.

Einige Zucht - Käsinnen abzugeben.  
Bierstadt  
Eisenbogengasse Nr. 13.

**Glycerin**

Frostcreme Tuben a 75 Pf.

gegen Frost.

Drogerie

Arthur Lehmann,

Bierstadt

Wiesbadenerstraße 4, Ecke

gegenüber der Post.

Telephon 3267.

Schöne helle Werkstatt

oder Raum zum unterstellen

sofort zu vermieten.

Näh. Privatstraße 6, 1. St.

**Läuse** nebst Brut

beseitigt sofort

Sentawasser

Mt. 1 und 1,85

Drogerie

Arthur Lehmann,

Bierstadt,

Wiesbadenerstraße 4, Ecke

**Prima Wagenfett**  
fein Erfaß, à 75 Pfg.  
empfiehlt  
Drogerie  
Arthur Lehmann  
Bierstadt  
Wiesbadenerstraße 4,  
Ecke Adlerstr.  
gegenüber der Post.  
Telefon 3267.

Eine nussbaum-polirte  
Bettstelle, nebst prima  
3-teiliger Koffhaarmatratze  
und Keil, wie neu, sowie  
prima Matragendrell zu  
verkaufen. Näh. Wilhelm  
Stiehl, Tapezierer, Rath-  
hausstr. 34.

Ein  
Haus mit Stallung  
zu mieten oder zu kaufen  
gesucht. Off. unter Preis-  
angabe an die Geschäfts-  
stelle d. Bierst. Zeit.

**Deutschnationale Volkspartei.**

**Auskunft**

über die Ziele der Partei wird

Donnerstag, den 23. Januar

Freitag, den 24. Januar

Samstag, den 25. Januar

je nachmittags von 4—5 Uhr, Wiesbaden, Markt-  
straße 20 im Gasthaus Gambriuns (kleines Zimmer)  
erteilt.

Insbefondere sind auch die Frauen herzlich willkommen.

Deutschnationale Volkspartei  
(Ortsgruppe Wiesbaden.)

**Wählt**

nächsten Sonntag, den 26. Januar  
die

**Liste Rade**

der Deutschen  
demokratischen Partei.

Alle Deutschen, auch diejenigen, welche die preussische  
Staatsangehörigkeit nicht besitzen, sind wahlberechtigt.

Der

**Demokratische Bürgerverein**

lädt zu der am Freitag, den 24. Januar, 7 Uhr Abends im Saale „Zur Rose“  
stattfindenden

**Oeffentlichen Wahlversammlung**

alle Einwohner und Einwohnerinnen Bierstadts ohne Unterschied der Konfession und  
Parteirichtung ein, denn ohne die Gegenseite gehört zu haben, ist man unsicher, ob  
man die richtige Ansicht hat.

Thema: Die Aufgaben der preussischen Landesversammlung.

Redner: Frl. Knischewsky und Herr Referendar Dr. Dahm.

Vogel.

# Nichtwähler!

Am 19. Januar haben in **Vierstadt** von etwa 2400 Wählern nur 2116 ihr Wahlrecht ausgeübt,

ein sechstel ist zu Hause geblieben!

Am **Sonntag, den 26. ds. Mts.** wird abermals gewählt. Diesmal zur

## **Preussischen Nationalversammlung**

Noch mehr steht auf dem Spiel als bei den vorherigen Wahlen. Ihr **Nichtwähler vom letzten Sonntag**, bleibt diesmal nicht zu Hause! Ladet nicht die furchtbare Schuld auf Euer Gewissen, daß durch Euer Säumen Deutschlands führender Bundesstaat unter sozialdemokratische Herrschaft gerät! Jede Stimme kann den Ausschlag geben. **Tut Eure Pflicht!** Wählt die

# Liste Rade

der Deutschen  
demokratischen Partei!

# Wähler und Wählerinnen!

geht am **26. Januar** bei der Wahl zur  
**preussischen**

## Landesversammlung

Eure Stimme aus der Liste der

# Deutschen Volkspartei

deren Kandidaten alle Volksschichten vertreten.

## Wählt die Liste

Oberbürgermeister a. D. **Eugen Gebeschus**, Hanau a. M.  
Dr. **Wilhelm Ferd. Kalle**, Chemiker, Biebrich a. Rh.  
Landwirt **Georg Thielmann**, Flacht (Unterlahnkrreis).  
Rektor **Wilhelm Schwarzhaupt**, Frankfurt a. M.  
Fabrikant und Stadtverordneter **Herm. Humbert**, Wehlar.  
Berw. Frau **Prof. Rasmi Joseph**, geb. Candidus, Marburg.  
Stadtbauinspektor **Hans Wasser**, Frankfurt a. M.  
Rottenführer **Theod. Schröder**, Hirschholzhäuser b. Limburg.  
Uhrmacher **Ernst Gerlach**, Wehlar.  
Kaufmann u. Stadtverordnetenvorsteher **Aug. Wepel**, Gaiger.  
Lehrerin **Thekla Flaen**, Wiesbaden.  
Bürgermeister **Dito Gleim**, Weisungen.  
Rektor **Philipp Kern**, Bad Homburg v. d. H.  
Amtsgerichtsrat **Fischer**, Windecken b. Hanau.  
Bergmann **Jacob Fint**, Münster bei Weilburg.  
Hüttendirektor **Hermann Schröder**, Niebernerhütte b. Ems.  
Hauptlehrer **H. Hofmann**, Garbenheim, Kreis Wehlar.  
Werkmeister **Gust. Giller**, Sta. Eisenbahnwerkstätten Limburg.  
**Wilhelmine Brunsfeld**, Geschäftsinhaberin, Kassel.  
Landwirt **Georg Christian**, Unterliederbach.  
Realschuldirektor **Dr. Kückenthal**, Selnhäusen.  
Bankbeamter **Gust. Vogel**, Frankf. Viehmarktsbank, Frankfurt.

# An das preussische Volk!

**Preußen ist wie das Deutsche Reich** und alle anderen Bundesstaaten durch den Volkswillen zum freien Staat geworden. Aufgabe der neuen preussischen Landesregierung ist, das alte von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln. Welche Regierung kann das?

**Eine Regierung die von einer sozialdemokratischen Mehrheit gestützt wird.**

Die Sozialdemokratie tritt daher in diesen Tagen zum zweiten Male vor die Wähler und Wählerinnen mit dem Aufrufe zur Wahl.

Die Wahl zur preussischen Nationalversammlung erfolgt genau wie die am letzten Sonntag erfolgte Wahl zur deutschen Nationalversammlung auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre ab.

Von den zahlreichen Aufgaben, die sich die

## Sozialdemokratie

in der preussischen Landesversammlung gestellt hat, seien folgende hervorgehoben:

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften.  
Beseitigung aller Gutsbesitze. Böllig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land. Entsprechende Umgestaltung der Kreis- und Provinzialvertretungskörper.

Raschster Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.

Gebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft.

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volksschule. Schaffung der Einheitschule. Befreiung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung. Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus.

Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen freier sozialer Gerechtigkeit.

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten. Gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Steuererleichterungen.

## Wählerinnen und Wähler!

Preußen war bisher der rückständigste Staat in Gesetzgebung und Verwaltung. Das Junkertum Ostpreußens regierte rücksichtslos nach seinen eigenen Interessen und piff auf die Volkswohlfahrt. **Denkt an den Polzeigeist in den Städten, an die Mißwirtschaft konservativer Landräte in den Landkreisen!**

Die staatliche Umwälzung hat das alte Junkerregiment gestürzt und das Volk muß jetzt dafür sorgen, daß **Willkürherrschaft in Preußen nie mehr einreißen kann**, Das kann nur geschehen durch die

## Wahl von Sozialdemokraten.

Wer also will, daß in der preussischen Nationalversammlung Volksinteressen vertreten werden, der

wähle die

## Kandidaten der Sozialdemokratie

der wähle folgende Liste:

1. **Ednard Gräf**, Arbeitersekretär, Frankfurt a. M.
2. **Richard Hauschild**, Stadtverordneter, Cassel.
3. **Eduard Schreiber**, Goldarbeiter, Hanau.
4. **Andreas Weber**, Schmied, Griesheim.
5. **Frau Lina Ege**, Frankfurt.
6. **Albert Geyinski**, Gewerkschaftssekretär, Cassel.
7. **Otto Haese**, Gewerkschaftssekretär, Wiesbaden.
8. **Christof König**, Lehrer, Frankfurt.
9. **Heinrich Wittich**, Parteisekretär, Frankfurt.
10. **August Jordan**, Rentant, Cassel.
11. **Christian Wittred**, Privatsekretär, Cassel.
12. **Arthur Kunde**, Werkmeister, Schlüchtern.
13. **Adam Krug**, Kriegsinvalide, Bischofsheim.
14. **Anton Walter**, Angst. Alter, Soden i. L.
15. **Karl Köniyer**, Mechaniker, Wehlar.
16. **Frau Marie Schmidt**, Hanau.
17. **Louis Quadt**, Stadtverordneter, Wigenhausen.
18. **Remannus Göller**, Kassenbeamter, Frankfurt.
19. **Jakob Meyer Brauer**, Obergweeren.
20. **Georg Scheffler**, Fabrikarbeiter, Biebrich.
21. **Adam Otto**, Schriftsetzer, Marburg.
22. **Heinrich Oppermann**, Landwirt, Ochshäusen.

Die sozialdemokratische Partei für den  
Wahlkreis Wiesbaden — Biebrich — Rheingau — Untertaunus.